

5. Bundesausschuss – Amtszeit 2017 – 2021

09.11. – 10.11.2019, Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen

TOP 9.2 Position zur digitalen Arbeit

Antragsteller: Bundesvorstand



Beratungsergebnis bzw. Abstimmungsergebnis:

Ja		Nein		Enthaltung	
----	--	------	--	------------	--

Der Bundesausschuss der KAB Deutschlands möge beschließen:

Digitale Arbeit menschenwürdig gestalten

Positionierung der KAB Deutschlands

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) will und wird den digitalen Wandel in der Arbeitswelt mitgestalten. Der Krefelder Beschluss ARBEIT. MACHT. SINN. hat betont, dass wir ein anderes Wirtschaftssystem brauchen. Der Mensch muss im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Entscheidungen stehen. Auf dieser Basis haben wir uns in den vergangenen Jahren kritisch und konstruktiv mit der Digitalisierung in der Arbeitswelt beschäftigt.

Wir stellen fest: Wer die Chancen der Digitalisierung nutzen will, muss auch von ihren Risiken reden. Aus dem Selbstverständnis unseres Verbandes und auf Grundlage der Soziallehre der Kirche haben wir insbesondere diejenigen im Blick, die zu den Schwächsten in der Gesellschaft gemacht werden und deshalb von den Risiken besonders betroffen sind. Sie bedürfen des besonderen Schutzes und sozialen Engagements aller.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt fällt nicht vom Himmel. Sie wird von Menschen, Institutionen und Interessensgruppen mit spezifischen Interessen und Zielen vorangetrieben. Digitalisierung löst ambivalente Prozesse aus; sie ermöglicht z.B. eine Flexibilisierung der Arbeit, führt aber auch zur Verdichtung der Arbeit und gleichzeitig zur Umgehung von Arbeitsschutzgesetzen.

Als Arbeitnehmerbewegung setzen wir uns daher für eine menschenwürdige Gestaltung der Arbeit ein. Arbeit ist für uns mehr als Erwerbsarbeit. Privatarbeit (bspw. Erziehung, Pflege, Weiterbildung) und gemeinwesenbezogene Arbeit sind gleichwertig mit der Erwerbsarbeit.

Insbesondere durch die Digitalisierung verändert sich die Arbeitswelt tiefgreifend. Um eine menschenwürdige Gestaltung durchzusetzen ist es notwendig, dass wir:

- **Zeitsouveränität gewinnen.** Wir unterstützen durch Qualifizierung und Bildung die Arbeitnehmer*innen, die neu gewonnene Zeitsouveränität selbstbestimmt zu nutzen. Wir brauchen Regulierungen, die Freiheit und Autonomie der Arbeitnehmer*innen ermöglichen und die Rahmenbedingungen, wie die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber*innen, arbeitsfreie Sonn- und Feiertage, zeitnahe Entlastungszeiten, Tageshöchstleistungszeiten von acht Stunden und 48 Wochenarbeitsstunden, garantieren. Wir fordern eine Anpassung der Arbeitszeitgesetzgebung, die dies auch für die digitale Arbeitswelt festschreibt, durchsetzt und kontrolliert.
- **Bildung gewährleisten.** Wir wollen einen garantierten Zugang für alle Menschen zu Bildung. Zum souveränen Umgang mit digitalen Hilfsmitteln, aber auch zur nachhaltigen Gestaltung von Produktions- und Dienstleistungsprozessen ist lebenslanges Lernen eine zentrale Voraussetzung. Eine

qualifizierte Erstausbildung, insbesondere im Dualen System der beruflichen Bildung, muss für alle sichergestellt werden. Bildung braucht Zeit und Geld. Wir fordern deshalb bundesweit gleichwertige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und die dazu notwendigen gesetzlichen Regelungen.

- **Mitbestimmung stärken.** Wir setzen uns für den Ausbau der Betriebsverfassung, der Unternehmensverfassung und der Stärkung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen ein. Die Gestaltung der digitalen Entwicklung erfordert eine Mitentscheidung durch die Arbeitnehmer*innen. Ein zentraler Bestandteil dazu ist die Einführung eines Arbeitsgesetzbuches. Wir fordern eine konzertierte Aktion der Berufsverbände, Kammern, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zur Stärkung der Mitbestimmung.
- **Mitarbeiter*innenbeteiligung entwickeln.** Wir halten es für entscheidend, dass alle Menschen, die an der Entstehung eines Produktes oder einer Dienstleistung beteiligt sind, auch an den Unternehmensentscheidungen und –gewinnen teilhaben. Wir fordern deshalb gesetzliche Regelungen zur Unternehmensbeteiligung durch Mitarbeiter*innen.
- **Mindestlohn garantieren.** Wir wollen, dass für alle Formen der Arbeit, insbesondere für digitale Arbeit, der gesetzliche Mindestlohn gewährleistet ist. Der Mindestlohn muss armutsfest sein und zum internationalen Standard werden. In Deutschland muss er nach unseren Berechnungen derzeit mindestens 13,69 Euro in der Stunde betragen. Ein angemessener Mindestlohn stärkt zudem die Tarifautonomie. Wir fordern eine konsequente Verfolgung: jeder Missbrauch muss geahndet werden.
- **Verteilungsgerechtigkeit herstellen.** Wir wollen eine gerechte Umverteilung durch ein anderes Steuersystem. Dazu zählen bspw. die steuerliche Entlastung von personalintensiven Betrieben und gleichzeitig eine deutlich stärkere Belastung der Digitalisierungsprofiteur*innen. Eine Finanztransaktionssteuer ist notwendiger denn je. Wir fordern eine konsequente Bekämpfung der Steuerrückzahlung durch die Finanzbehörden.
- **Ressourcen schonen.** Wir müssen dafür sorgen, dass durch die Möglichkeiten der Digitalisierung ökologische Ziele im Arbeitskontext erreicht werden. Gleichzeitig müssen wir prüfen unter welchen Bedingungen Ressourcen für uns noch nutzbar sein dürfen. Wir fordern daher Umwelt- und Arbeitsstandards, die nachhaltiges globales Wirtschaften ermöglichen. Ein unabdingbarer Schritt dafür ist, die Unternehmenshaftung in den Lieferketten gesetzlich festzuschreiben.
- **Existenz sichern.** Wir setzen uns für ein Garantiertes Grundeinkommen für alle ein. Die sozialen Sicherungssysteme müssen zudem weiterentwickelt und von Erwerbsarbeit unabhängiger gemacht werden. Wir fordern die politisch Verantwortlichen auf, eine offene Debatte über das Garantierte Grundeinkommen zu führen und die Einführung in Angriff zu nehmen.

Auch in der digitalen Welt, in der es Beurteilungen durch Algorithmen gibt, müssen Menschen letztlich die Verantwortung für Entscheidungen tragen. Prozesse dürfen sich nicht ungesteuert verselbständigen. Ein Abschalten fehlgeleiteter Entwicklungen durch Maschinen muss jederzeit möglich sein.

Begründung:

Diese Position wurde aus den Erfahrungen in der KAB beim Ratschlag im Augsburg 2019 entwickelt. An der Gestaltung waren 50 Frauen und Männer der KAB aus allen Teilen des Verbands beteiligt. Die Schlussanmerkungen aus dem Ratschlag wurden von der Steuerungsgruppe ARBEIT. MACH. SINN. am 9. Juli 2019 in das Papier eingearbeitet.

Das Papier soll zur politischen Positionierung des Verbands dienen und in die gesellschaftliche Debatte eingebracht werden.